

Wasserstoff aus erneuerbaren Energien elektrisiert Klimaschützer und Energiepolitiker. In Industrie und Verkehr hofft man, damit klimaneutral zu werden. Doch noch kann nicht ausreichend grünes Gas produziert werden. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) erklärt, warum sich das ändern soll, sie aber dennoch nicht an Wasserstoff als Rettung für die Automobilindustrie glaubt.

Frau Schulze, Wasserstoff war schon mal in aller Munde, aber nichts ist daraus geworden. Wieso soll das jetzt anders sein?

Svenja Schulze: Früher gab es ein Henne-Ei-Problem: Wer potenziell Wasserstoff produzieren konnte, fand keine Abnehmer. Wer ihn verarbeiten konnte, fand keine Produzenten. Heute haben wir eine Nationale Wasserstoffstrategie, mit der wir den Markthochlauf von grünem Wasserstoff gezielt unterstützen. Der Absatz des Produkts wird mit der neuen Mindestquote für Flugkerosin auf Wasserstoff-Basis angekurbelt. Grüner Wasserstoff ist ein wichtiger Schlüssel für eine klimafreundliche Stahl- und Chemieindustrie sowie CO₂-freien Luft- und Seeverkehr.

Sind synthetische Kraftstoffe aus Wasserstoff nicht auch etwas für Pkw? Man könnte mit ihnen den Verbrennungsmotor weiter nutzen.

Im Pkw-Verkehr sind batterieelektrische Fahrzeuge viel effizienter. Man muss für synthetische Kraftstoffe ja erst einmal mittels Ökostrom Wasserstoff und daraus dann Kraftstoff herstellen. Dabei geht viel Energie verloren. Für die gleiche Strecke, für die ein batteriebetriebener Pkw ein Windrad braucht, braucht ein Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen fünf bis sieben Windräder. Deswegen sind sie bei normalen Autos nicht so attraktiv. Schiffe und Flugzeuge hingegen können bisher nicht elektrisch angetrieben werden. Daher sind sie auf Wasserstoff als klimafreundliche Alternative angewiesen.

Studien zeigen, dass synthetische Kraftstoffe effizienter wären, wenn Wasserstoff dort produziert wird, wo es aufgrund von viel Wind und Sonne am günstigsten ist.

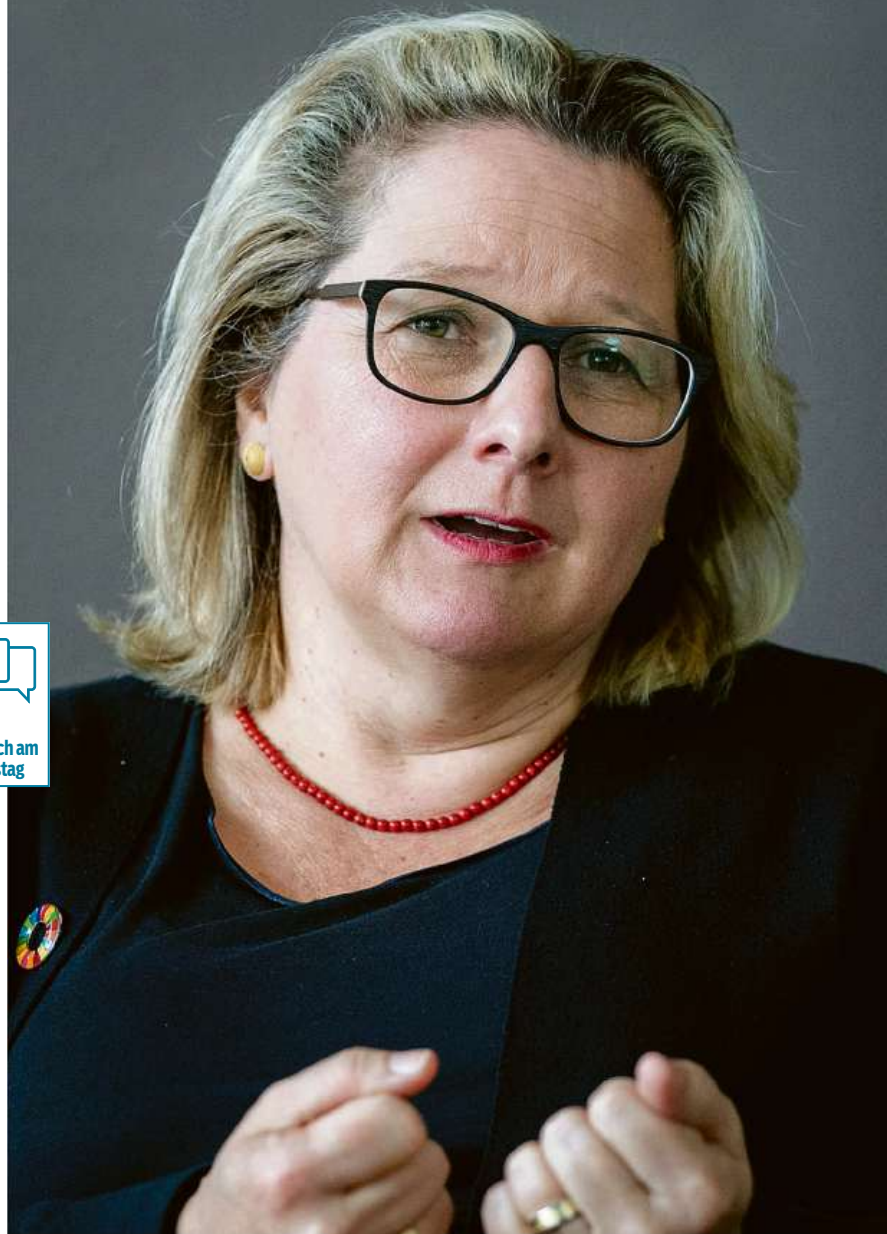
Mittel- und langfristig wird Deutschland große Mengen Wasserstoff auch importieren müssen. Mit anderen Importländern teilen wir das Interesse am schnellen Aufbau eines globalen und nachhaltigen Wasserstoffmarkts. Dabei gilt es sicherzustellen, dass lokale Märkte und eine Energiewende vor Ort in den Partnerländern nicht behindert, sondern durch die Produktion von Wasserstoff unterstützt werden.

Verkehrsminister Hermann, ein Grüner, plädiert für eine Beimischungsquote für solche Kraftstoffe bei Pkw. Mit dieser Nachfrage erledigt der Markt dann den Rest.

Es ist heute schon möglich, bei Diesel bis zu 26 Prozent alternative Kraftstoffe beizumischen. Diese Möglichkeit wird aber bei weitem nicht ausgeschöpft. Was wir brauchen, ist mehr erneuerbare Energie. Und ich würde mich freuen, wenn auch Baden-Württemberg dazu mehr beiträgt.

„Die Zeichen stehen klar auf E-Mobilität“

Mobilität Die Debatte um synthetische Kraftstoffe führt nicht zum Ziel, sagt Umweltministerin Svenja Schulze. Nötig sei mehr erneuerbare Energie. *Von Igor Steinle*



Fordert den Südwesten auf, mehr beim Ausbau erneuerbarer Energie zu tun: Umweltministerin Svenja Schulze (SPD).

Foto: Wolfgang Kumm

Im Südwesten befürchtet man einen Strukturbruch, wenn nur noch auf batteriebetriebene E-Autos gesetzt wird. Würden Sie das für die Batterie in Kauf nehmen?

Als Bundesregierung wollen wir keine Strukturbrüche, und ich als Sozialdemokratin erst recht nicht. Das haben wir in den Kohleregionen bewiesen. Aber zwei Drittel der Autos, die Deutschland produziert, werden international abgesetzt. Und da stehen die Zeichen ganz klar auf Elektromobilität. Damit der Strukturwandel in der Autoindustrie nicht zum Strukturbruch wird, unterstützen wir die Unternehmen und ihre Zulieferer mit mehr als acht Milliarden Euro.

Kandidatur in Münster für den Bundestag

Svenja Schulze kommt aus der Forschungspolitik. Von 2010 bis 2017 war die 52-Jährige Wissenschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag hat sie den Forschungsteil mit ausgehandelt. Als Bundesumweltministerin, die sie seit 2017 ist, waren ihren größten Erfolge bisher das Klimaschutzgesetz und das Klimapaket. Vor der Politik hatte die Vegetarierin als Unternehmensberaterin gearbeitet. Im Wahlkampf wird Schulze im Wahlkreis Münster für den Bundestag kandidieren. Bisher ist sie kein Mitglied. *igs*

Sie würden sich freuen, wenn Baden-Württemberg mehr zum Ausbau der Erneuerbaren mittrage, sagten Sie. Macht es zu wenig?

Der gesamte Süden macht zu wenig. Brandenburg hingegen hat aktuell einen enormen Vorteil: Das Land produziert viel mehr erneuerbare Energie als es selber braucht. Das führt dazu, dass ein Unternehmen wie Tesla ganz bewusst in den Osten geht. Wir brauchen die Erneuerbaren deswegen überall. Es ist nicht mehr so, dass es einige große Energiezentren gibt, die die Energie für alle produzieren. Das ist nun dezentraler. Deswegen muss in Baden-Württemberg und in Bayern mehr passieren.

Im Süden würde man Ihnen entgegenhalten, dass es dort nicht die Bedingungen für Windkraft gibt und man vor allem in Bayern mit der Solarkraft vorne mit dabei sei.

Es gibt viele Standorte, an denen Windkraft deutschlandweit möglich ist. Die Vorstellung, man holt sich den Strom einfach von woanders, hat noch nie funktioniert. Wir müssen alle Flächen, auf denen es möglich ist, mit Photovoltaik oder Windkraftanlagen ausstatten. Da geht noch viel mehr. Auch in meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen beschäftigt man sich momentan mehr damit, wie Windkraftanlagen verhindern werden können, anstatt sie zu bauen. Gerade als Industrieland halte ich das für eine sehr riskante Strategie.

Gibt es im dicht besiedelten Deutschland nicht einfach zu wenig Platz für die ambitionierten Ausbaupläne mit den flächenintensiven Erneuerbaren?

Es gibt viele Studien, die nachweisen, dass wir uns mit Ökostrom versorgen können, wenn die Flächen genutzt werden.

Regierungsberater des Wirtschaftsministers empfehlen, in Wind- oder Solaranlagen im Ausland zu investieren, wo die Bedingungen mit mehr Wind und Sonne günstiger sind, und diese Leistung dann der eigenen Bilanz gutzuschreiben.

Natürlich ist der Strommarkt europäisch. Und die innereuropäische Vernetzung bringt allen Beteiligten ein Mehr an Versorgungssicherheit. Das ist kostengünstig und hilft, den Anteil der Erneuerbaren in ganz Europa zu erhöhen. Aber am Ende muss jeder Mitgliedstaat auf die eigene Produktion setzen. Man kann sich nicht einfach darauf verlassen,

„Ein Unternehmen wie Tesla geht ganz bewusst in den Osten.“

dass wir den Strom von anderen bekommen. Das wäre eine höchst unsolidarische und riskante Strategie. Industrielle Zentren entstehen immer dort, wo Strom produziert wurde und deshalb günstig war. Wenn wir Arbeitsplätze hier halten wollen, müssen wir eine sichere Stromversorgung garantieren.

Wir brauchen in Zukunft mehr Strom, gleichzeitig aber verknappen wir mit dem Kohle- und Atomausstieg momentan das Energieangebot. Kommen wir in Zukunft wirklich ohne Atomstrom aus?

Atomkraft hat in Deutschland keine Perspektive, sie ist nicht nur riskant, sondern auch viel zu teuer. Drei Generationen haben hierzulande Atomenergie genutzt, 30 000 weitere müssen sich mit ihren Hinterlassenschaften beschäftigen. Ich glaube auch, dass wir in Zukunft wesentlich mehr Strom brauchen. Wir werden elektrisch Auto fahren und unsere Industrieprozesse auf Strom umstellen. Wirtschaftsminister Altmaier hat sich seine Prognosen, auf denen die zu geringen Ausbaupfade für die Erneuerbaren beruhen, schöngerechnet. Daher fordere ich ja, mehr beim Ausbau der Erneuerbaren zu tun.